

ALBANI AKTUELL



Beim 31. Bundesparteitag der CDU löste Annegret Kamp-Karrenbauer unsere langjährige Bundesvorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, als Parteivorsitzende ab. Mit AKK, Friedrich Merz und Jens Spahn kandidierten drei hochkarätige Persönlichkeiten um die Nachfolge. Zuvor hatten sie sich rund 14.000 Partei-Mitgliedern auf acht Regionalkonferenzen vorgestellt. Mehr auf S. 6/7.

AUSGABE WEIHNACHTEN 2018

SEITE 2

Zuschüsse für Palais Rastede
und Wohnungslosenhilfe

SEITE 3

Gefahrenpunkt Bahnübergang

SEITE 4/5

NO_x am Heiligengeistwall

SEITE 8/9

Schwerpunkt Berufsbildung

SEITE 10/11

Herbst der Entscheidungen

SEITE 12

Migration: Meine Position

Liebe Leserinnen und Leser,

Weihnachten naht und der Jahreswechsel folgt. Der Advent bis zu den Festtagen bietet uns Zeit für den Blick zurück auf das Jahr.

Es mag ein schwieriges gewesen sein, das aber auch Tage des Glücks bereitgehalten hat. Nun aber steht eine Zeit der Ruhe und Einkehr bevor, die uns an Menschen denken lässt, die uns helfend begleitet haben und jene, die unserer Unterstützung bedürfen.

Für mich war das Jahr 2018 vor allem von Vertrauen geprägt, das ich erfahren durfte.

Eben dieses Vertrauen möchte ich zurückgeben, mich von Herzen bedanken und Ihnen persönlich alles Gute wünschen, insbesondere Gesundheit und Geborgenheit im Kreise der Nächsten sowie Gottes Segen für das kommende Jahr!

AMMERLAND



1,44 Millionen Euro stehen ab 2019 für die Sanierung des Palais Rastede aus dem Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung, Staatsministerin Prof. Dr. Monika Grütters (CDU), bereit.

Bund fördert Palais Rastede

Das Palais Rastede kann auf eine kräftige Finanzspritze aus Berlin hoffen. Wie der Haushaltsausschuss des Bundestages in seiner Bereinigungssitzung am 8. November beschloss, stehen ab 2019 insgesamt 1,44 Millionen Euro für die Sanierung des historischen Gebäudes aus dem Etat der Beauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung, Monika Grütters (CDU), zur Verfügung. Mich freut der Beschluss meiner Kolleginnen und Kollegen sehr. Denn das Palais soll auch auf Dauer für die Bürgerinnen und Bürger erschlossen bleiben und wartet seit geraumer Zeit auf den entscheidenden Finanzausschuss.

Im Sommer hatte ich mich direkt mit Dr. Friedrich Scheele

zu dem Vorhaben ausgetauscht, der bei der Residenzort Rastede GmbH das kulturhistorische Konzept für das Areal der ehemaligen Sommerresidenz des Hofes Oldenburg verantwortet. Für mich war es keine Frage, meinen CDU/CSU-Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss das Projekt wärmstens ans Herz zu legen.

In dem Zusammenhang möchte ich das jahrelange bürgerschaftliche Engagement in Rastede hervorheben, ohne das vermutlich niemals ein so förderwürdiger Status zustande gekommen wäre. Beim Palais Rastede, das ein einzigartiges Kleinod ist, gehen die Gemeinde und der Kunst- und Kulturkreis Rastede seit langer Zeit mutige Wege – mit großem Erfolg.

Zuschüsse aus Brüssel und Berlin für Wohnungslose

Gute Nachrichten für die Wohnungslosenhilfe im Ammerland: Die Kreisvolkshochschule als Träger des Projektes kann mit Zuschüssen von bis zu 285.000 Euro aus EU- und Bundesmitteln für die Jahre 2019/2020 rechnen. Das Vorhaben zur Unterstützung von wohnungslosen Personen wurde als eines von zwölf neuen Projekten bundesweit ausgewählt. Eingerichtet werden soll ein Frauencafé für die Ansprache von wohnungslosen oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Frauen. Ergänzend wird eine mobile Sprechstunde mit interkulturellem Fachpersonal eingerichtet, um Problemlagen mit den Betroffenen zu identifizieren.



Im November feierte die Ammerländer Senioren-Union ihr 30-jähriges Bestehen. Mit MdL Jens Nacke und Landrat Jörg Bensberg gratulierte ich den vielen Gästen und natürlich unserer SU-Vorsitzenden Heidi Exner, die einige Tage später wieder in den SU-Bundesvorstand gewählt wurde.

30 Jahre Senioren-Union Ammerland

Am 16. November wurde im großen Kreis das 30-jährige Jubiläum der Ammerländer Senioren-Union gefeiert. Im Mittelpunkt neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern: die langjährige Vorsitzende Heidi Exner. Bei gewohnt gutem Essen im Ohrweger Krug hielten neben mir die geschätzten Kollegen Jens Nacke MdL und Landrat Jörg Bensberg Grußworte und lobten die unermüdliche Arbeit der SU sowohl für das gedeihliche Zusammensein, als auch für politische Positionen bis hin zu Anträgen auf Bundesebene. Absolut unverzichtbar, dieses unermüdliche Engagement.

Bahnübergang Vreschen- Bokel muss sicherer werden

Am unbeschränkten Bahnübergang Eschstraße in Vreschen-Bokel ist es im September erneut zu einem schweren Unglück mit Todesfolge gekommen. Bereits vor vier Jahren war dort ein Todesfall zu beklagen gewesen, ohne dass die Deutsche Bahn gehandelt hätte. Vielmehr hatte der Konzern auf Nachfrage mitgeteilt, es bestehe kein Anlass für weitere Maßnahmen, der Übergang sei sicher. Mir leuchtet diese Argumentation nicht ein. Ich habe mir die Situation also vor Ort angesehen. Ergebnis: Dieser Gefahrenpunkt darf auf keinen Fall unbeschränkt bleiben. Nicht

weit entfernt beginnt ein Wohngebiet, das in nicht unwesentlichem Maße von Pkws, Radfahrerinnen und Radfahrern sowie Fußgängerinnen und Fußgängern über diese Gefahrenstelle erreicht werden muss. Nach Angaben der Gemeinde nimmt der Verkehr durch die wachsenden Wohngebiete zu. Anlass für einen kritischen Brief an den Vorstand der Bahn: Darin habe ich den Konzern aufgefordert, so schnell wie möglich für eine Beschränkung zu sorgen. Erste Reaktionen liegen vor, die mich aber nicht zufriedenstellen. Anfang 2019 werde ich zu diesem und weiteren Themen ein Gespräch in Hannover mit Verantwortlichen der DB für Niedersachsen führen und umgehend berichten.

OLDENBURG



Dicke Luft am Heiligengeistwall? Oder misst die Station des Gewerbeaufsichtsamtes etwa Werte, die nicht stellvertretend für die Atemluft der Menschen an dieser Straße sind und schon gar nicht für Oldenburgs Innenstadt oder gar die Stadtbezirke?

Stickoxid-Messwerte werfen große Fragen auf

Spätestens seit dem Oldenburg-Marathon Ende Oktober wird eine offene Debatte darüber geführt, ob der Standort der Messstelle für Luftqualität am Heiligengeistwall der richtige ist. Die Nordwestzeitung hatte berichtet, dass die Messwerte während der Sportveranstaltung – als der Heiligengeistwall und weite Teile der Innenstadt für den motorisierten Verkehr gesperrt waren – dennoch annähernd den gesetzlich zulässigen Grenzwert für Stickoxide (NO_x) von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft erreicht hätten. Ausgewiesen werden die Ergebnisse der Station jeden Tag öffentlich auf den Internetseiten des Bundesumweltamtes (UBA).

Ich begrüße diese offene, inzwischen sehr viel detailliertere und nach meiner Wahrnehmung nunmehr wesentlich ideologiefreiere Diskussion. Das ist auch wichtig, denn nach wie vor droht ein Fahrverbot für ältere Diesel-Fahrzeuge, sollten die Werte nicht dauerhaft unter den Grenzwert gesenkt werden können. Insbesondere, wenn die von der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) gegen die Stadt Oldenburg angestrebte Klage auf Erlass eines Fahrverbots beim zuständigen Verwaltungsgericht angenommen werden sollte und dort Erfolg hätte.

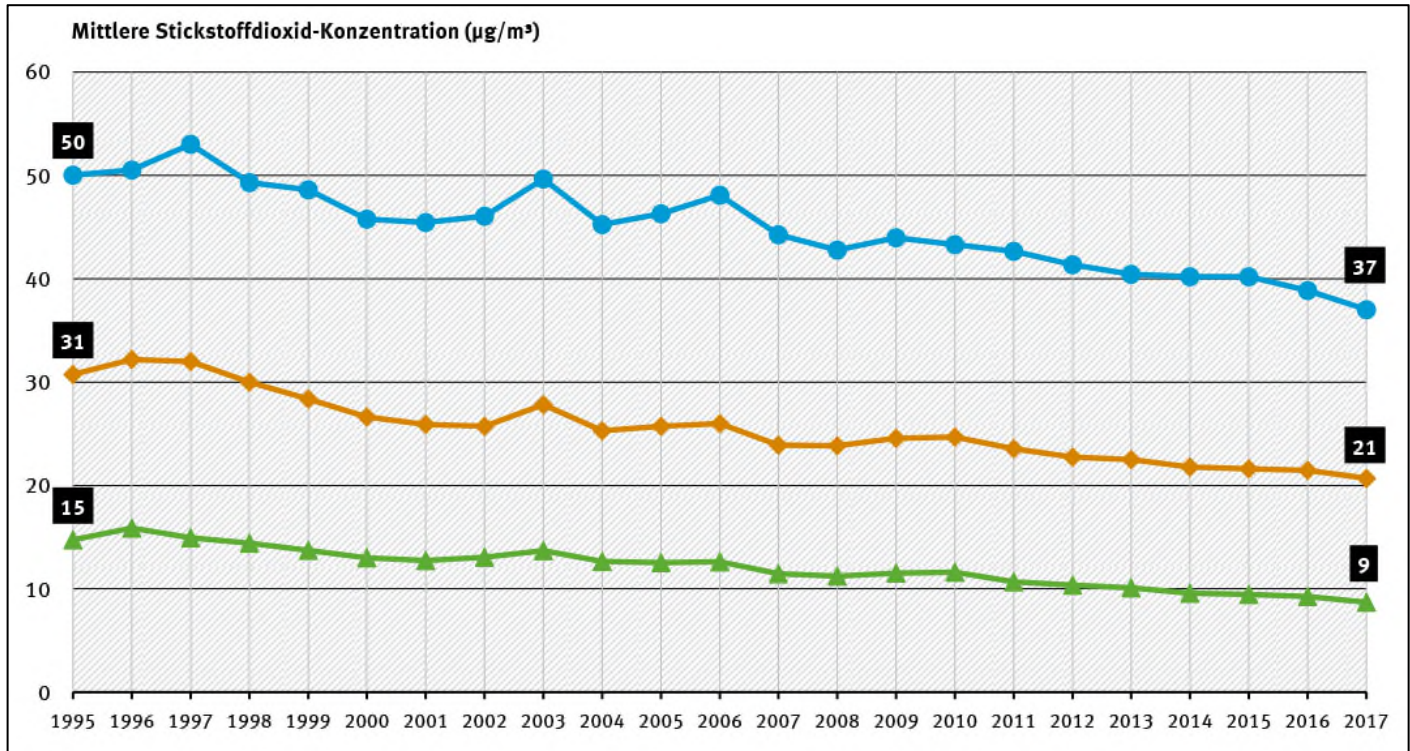
Die nach eigenen Angaben gemeinnützig tätige, aber beispielsweise langjährig vom japanischen Autobauer Toyota mitfinanzierte DUH, hatte bereits gegen zahlreiche andere

Kommunen über den Rechtsweg Diesel-Fahrverbote erwirkt. Toyota verkauft nach eigenen Angaben nahezu keine Dieselfahrzeuge auf dem europäischen Markt.

Mittlerweile – da sich der Rat der Stadt Oldenburg, insbesondere die CDU-Fraktion, und weitere starke Stimmen wie die Nordwest-Zeitung einschalten – gewinnt die öffentliche Debatte an der nötigen Kontur und Ausgewogenheit. Den einseitigen Schuldzuweisungen der DUH gegen Dieselfahrer tritt eine realistischere Ursachenforschung entgegen.

Doch es bedarf noch weiterer Aufklärung: Noch am 8. Oktober des Jahres meldet das Umweltbundesamt, der motorisierte Verkehr verursache 60 Prozent der NO_x-Belastungen in deutschen Städten.

OLDENBURG



Daten des Bundesumweltamtes zur mittleren jährlichen NO_x-Belastung in Mikrogramm pro Kubikmeter Luft bundesweit: — = ländliche Hintergrundbelastung, — = vorstädtische/städtische Hintergrundbelastung (ohne Verkehr), — = verkehrsnahe Belastung. Das zulässige Jahresmittel liegt bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft.

75 Prozent der Emissionen gingen auf Diesel-Pkw zurück, so das UBA. Gar nicht berücksichtigt sind dabei allerdings Emissionen von Bahnen und Schiffen.

Untersuchungen an der Uni Essen-Duisburg jedoch zeigen, dass beispielsweise ein vollständiges Dieselfahrverbot an Rhein und Ruhr keine relevanten Veränderungen ergäbe, weil die Hintergrundbelastung durch die Schifffahrt auf den Flüssen den Effekt überlagern würde. Betrachtet man zudem Zeiträume, in denen witterungsbedingt keine Bahnen fahren, etwa nach dem Sturmtief Xaver im Oktober 2017 zwischen Leer und Bremen, so bestehen große Zweifel, ob in Oldenburg allein ein Fahrverbot von Diesel-Pkw in der Innenstadt die NO_x-Belastungen entscheidend senken könnte. Nimmt

man beispielsweise die Werte der Morgenstunden (5-9 Uhr) des 8. Oktober 2017, während denen keine Bahnen fahren, sehr wohl aber Pkws, Lkws und Busse, und vergleicht die Daten mit den Werten beider Montage zuvor und danach, so lagen die NO_x-Belastungen während der Zeit der Bahnsperre erkennbar niedriger. Mehr als ein Hinweis ist dies nicht – aus den jahrelangen Messwertreihen lassen sich allerlei Argumentationen ableiten, solange keine empirisch sattelfeste Langzeitanalyse vorliegt.

Dass ein Fahrverbot jedoch ein hochgradig zweifelhaftes Instrument auf dem Weg zur spürbaren Senkung von NO_x-Belastungen ist, kann mit großer Sicherheit dort festgestellt werden, wo Verbote erlassen wurden und Messstationen in der Folge dokumentiert ha-

ben, was diese Maßnahme bringt. In Hamburg hat das Fahrverbot für Diesel an der Max-Brauer-Allee und Stresemannstraße nicht zu geringeren Schadstoffbelastungen geführt, sondern – wohl bedingt durch den Umleitungsverkehr – vielmehr zu höheren Werten.

Untersuchungen des Fraunhofer-Instituts für Verkehrs- und Infrastruktursysteme zeigten schon 2011, dass ein optimierter Verkehrsfluss die viel effektivere Maßnahme ist und gegenüber Stop-and-go-Situationen die Belastung mit NO_x um bis zu 55 Prozent reduzieren kann. Noch wirksamer ist es, den Anteil der Elektromobilität am Verkehr zu erhöhen. All dies sind wichtige Grundlagen für meine Gespräche in Berlin, Hannover und Oldenburg, um ein Fahrverbot abzuwenden.



Eindrücke vom 31. Parteitag der CDU Deutschlands

Zum ersten Mal seit 1971 gab es mehr als einen Kandidaten zur Wahl um den CDU-Bundesvorsitz. Mit Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn traten sogar gleich drei Bewerber um das höchste Parteiamt an. Dem Bundesparteitag, der am 7. und 8. März in Hamburg stattfand, gingen acht Regionalkonferenzen voraus. Die Zusammenkunft für die Landesverbände Niedersachsen und Bremen fand am 29. November in der Hansestadt statt. Hier stellten sich die drei Bewerberinnen und Bewerber den Fragen des Publikums. Das Schöne daran: alle drei ernteten großen Applaus. Dies war der Anfang eines Erneuerungsprozesses innerhalb der CDU. Einmal mehr

wurde bewiesen, wie pluralistisch eine Partei aufgestellt sein kann. Einmal mehr wurde gezeigt, dass die CDU die einzig verbliebene Volkspartei ist und aktiv darum kämpft, diesen Titel mit Würde zu tragen. Doch erst am Bundesparteitag wurde das große Finale ausgetragen:

1.001 Delegierte, über 1.600 Pressevertreter und eine Vielzahl an Gästen waren angereist, um den Startschuss zur Erneuerung der CDU hautnah mitzuerleben. Ein besonderes Augenmerk lag dabei naturgemäß auf der Wahl der Vorsitzenden. Aus der Stichwahl ging die ehemalige Ministerpräsidentin des Saarlandes und vormalige Generalsekretärin, Annegret Kramp-Karrenbauer, als Gewinnerin hervor. Mit 35 Stimmen Vorsprung setzte sie sich knapp gegen den früheren Vorsitzen-

den der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz durch. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn war im ersten Wahlgang ausgeschieden, wurde später jedoch mit einem ordentlichen Ergebnis von 89 Prozent ins Präsidium der Bundes-CDU wiedergewählt.

Indem AKK zur Vorsitzenden aufgerückt war, wurde das Amt des Generalsekretärs vakant. Das originäre Vorschlagsrecht für einen Kandidaten als Generalsekretär liegt bei der Vorsitzenden. AKK schlug Paul Ziemiak, den Bundesvorsitzenden der Jungen Union, vor. Zwar statteten die Delegierten den 33-jährigen mit einem verhaltenen Votum aus. Doch auch seine Wahl war ein Novum: Nie zuvor war ein JU-Bundesvorsitzender aus dem Amt heraus Generalsekretär geworden.

BUNDESPARTEITAG



Zusammenführen. Und zusammen führen – ein Kommentar

Hinter uns liegen ereignisreiche Tage. Nach 18 Jahren an der Spitze der CDU trat Angela Merkel auf dem 31. Bundesparteitag nicht zur Wiederwahl als Vorsitzende an. Sie gab damit den Weg für ihre Nachfolge frei. Wenngleich sie uns als Bundeskanzlerin erhalten bleibt, so war es doch ein emotionaler Abschied. Angela Merkel war die erste Frau an der Spitze unserer Partei. Und unsere Partei war die erste größere Partei in Deutschland mit einer weiblichen Führung. Stets besonnen, stets bedacht und konstruktiv – Angela Merkel ließ sich selten von ihrem Kurs abbringen, überlegte aber reiflich. Einige mögen das die „Politik des Aussitzens“ nennen, andere wiederum rechnen ihr dies als Besonnenheit

an. Nicht völlig zu Unrecht, wie ich finde. Für Angela Merkel war nicht nur das „Ob“ entscheidend, sondern auch das „Wann“ und das „Wie“.

Nichtsdestotrotz eröffnet ihr Rücktritt auch Chancen. Wir haben die Möglichkeit, den Begriff der „Volkspartei“ neu zu definieren. Das heißt unter anderem: verschiedene Meinungen unter einem Dach zu vereinen, wie unsere neue Vorsitzende Annegret Kamp-Karrenbauer es in ihrer viel beachteten Parteitagsrede aufzeigte, indem sie den Begriff des „Mutes“ als einende Geisteshaltung sowohl für diejenigen unter uns auslobte, die sich eher wirtschaftsliberale Aspekte der CDU-Politik im Vordergrund wünschen, als auch für jene, die sich stärker für die Arbeitnehmerschaft engagieren.

Die Chance für uns als CDU besteht darin, Kraft und verbindende Elemente zu beto-

nen, um gemeinsam noch fortschrittlicher zu werden, dabei verlässlich zu bleiben und den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit zu bieten – während andere Parteien entweder auf Ängste, Feindbilder und Untergangsszenarien setzen oder einer On-Demand-Gesellschaft das Wort reden: Jeder Klientel wird heilsbringend das feilgeboten, was in die eigene Komfort-Zone passt. Echte Pluralität – Fehlanzeige!

Eine Partei mit 420.000 Mitgliedern zu modernisieren, das ist eine Herausforderung, und zwar für uns alle. Wir müssen dem Nachwuchs vertrauen und intern andere Meinungen aushalten, unsere christlichen Werte betonen und dennoch dem Erfolg verpflichtet bleiben. Genau das wird uns zusammenführen – und uns zusammen führen lassen. Um unseren Mut für diesen gemeinsamen Weg ist mir nicht bange!

BERUFLICHE BILDUNG



Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der Digitalen Arbeitswelt“: MdB Stephan Albani ist der erste Politiker aus dem Ammerland und Oldenburg, der dieser besonderen Gremium-Form des Bundestages angehört.

Enquete-Kommission Berufliche Bildung

Wie die noch längerfristigen Trends und Herausforderungen in der Berufsbildung aussehen, das soll die „Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der Digitalen Arbeitswelt“ ermitteln. Seit Oktober gehöre ich diesem besonderen Experten-Gremium des Deutschen Bundestages an. Zusammen mit den bundesweit namhaftesten Sachverständigen und externen Gutachtern erarbeiten wir bis zum Sommer 2021 einen umfassenden Bericht zur Lage und Zukunft der Beruflichen Bildung und der Weiterbildung. Wir wollen herausfinden, welche Chancen und Herausforderungen in der Digitalisierung für diese Bildungsbereiche liegen. Es geht um vollumfängliche

Empfehlungen, quasi einen Masterplan für die nächsten Jahrzehnte, damit Deutschland auch künftig weltweit die besten Fachkräfte ausbilden kann. Und es geht darum, die Berufliche Bildung neben dem Studium als völlig ebenbürtigen Weg ins Berufsleben zu festigen.

Stimmen zu meiner Berufung

Heiko Henke, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Oldenburg: „Als Vertretung des Handwerks im Oldenburger Land begrüßen wir es sehr, mit Herrn Albani einen Politiker aus der Region in der Kommission zu wissen, der sich für die Stärkung der dualen Ausbildung und für die Gleichstellung von akademischer und beruflicher Bildung einsetzt. Denn in beiden Bereichen haben wir noch eine große Aufgabe vor uns.“

Wir freuen uns auf den fachlichen Austausch mit Herrn Albani und sehen die Enquete-Kommission als Chance, den Stellenwert der beruflichen Bildung in der Gesellschaft zu verbessern und die Digitalisierung im Bildungsbereich weiter voranzutreiben.“

Dr. Thomas Hildebrandt, designierter Hauptgeschäftsführer der IHK Oldenburg: „Wir sind sehr erfreut darüber, dass das wichtige Thema Berufliche Bildung auch in der Enquete-Kommission personell mit Stefan Albani verbunden wird. Aufgrund des langjährigen Dialogs zu Thema Berufliche Bildung mit ihm können zahlreiche entwicklungs-, praxis- und umsetzungsrelevante Aspekte der beruflichen Bildung transportiert und berücksichtigt werden.“

BERUFLICHE BILDUNG



Die Digitalisierung wird in der Beruflichen Bildung eine immer größere Rolle spielen. Darauf muss sich auch die Region Oldenburg/Ammerland vorbereiten. Indes steht nicht zu befürchten, dass der Ausbildungsgang eines jeden alltäglich von Programmiersprache bestimmt sein wird. Der zwischenmenschliche Kontakt, das Miteinander im Arbeitsprozess wird auch weiter dominieren.

Bundeswettbewerb Innovationscluster

Gute Nachrichten für die Berufliche Bildung: Auf meine Initiative als zuständiger Unionsberichterstatter gab der Bundestag im November den Startschuss für die Ausschreibung eines mit 150 Millionen Euro geplanten Innovationswettbewerbs für die Berufliche Bildung. Bereits 2019 soll der neue Bundeswettbewerb unter dem Titel „Innovationscluster für eine exzellente berufliche Bildung“ starten.

Damit wollen wir die Bildungschancen aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen mittels neuer und exzellenter Be-

rufsbildungskonzepte verbessern – sei es im Sinne der Mobilität, Durchlässigkeit und dem Zusammenwirken aller Beteiligten.

Meine feste Überzeugung: Wir müssen in der Beruflichen Bildung neu, anders und vor allem innovativer denken. Es reicht nicht, Probleme immer wieder anzusprechen ohne neue Ideen einzubringen. Stattdessen bringen wir Berufsbildungsinnovationen im offenen Wettbewerb zur Reife. Im Rahmen des Wettbewerbs sollen 15 regionale Kooperations-Cluster ermittelt werden, die dann eine vierjährige Förderung erhalten. Wichtig für das Ammerland und Oldenburg:

Die Region soll mit ihren zahlreichen und überregional anerkannten Bildungseinrichtungen profitieren. Dazu gibt es im Wahlkreis viele gute Ideen und Expertisen. In einer „Woche der Beruflichen Bildung“ Mitte November konnte ich mich vom Know-how der Fachleute in den Bildungseinrichtungen und Kammern abermals überzeugen. Diese Akteure finden nun zusammen, um einen schlagkräftigen Erstantrag im Bundesbildungsministerium bis zum Sommer 2019 einzubringen. Dieser Antrag ist Voraussetzung, um in einer zweiten Stufe eines der gut geförderten Innovationscluster werden zu können.

BERLIN



HERBST DER ENTSCHEIDUNGEN

Ihr Votum bei namentlichen Abstimmungen geben Abgeordnete des Deutschen Bundestages mit ihren Stimmkarten zwar physisch, letztlich aber durch elektronische Erfassung ab. Man kennt den Vorgang eventuell aus dem Fernsehen, wenn sich Abgeordnete in der Mitte des Plenums vor der Urne versammeln und ihre Stimmkarten nacheinander einwerfen.

Herbst der Entscheidungen

Der neue Vorsitzende unserer Fraktion, Ralph Brinkhaus, hat die Haushaltsgespräche im November als Herbst der Entscheidungen bezeichnet. Und unsere Bilanz lässt sich sehen!

Bezahlbarer Wohnraum

Neues Baukindergeld: Eltern erhalten pro Kind und Jahr zehn Jahre lang 1.200 Euro, wenn ihr zu versteuerndes Jahreseinkommen 90.000 Euro nicht übersteigt (bei einem Kind; 15.000 Euro für jedes weitere Kind). Dies gilt für Neubau oder Erwerb von Bestandswohnraum im Zeitraum

01.01.2018 bis 31.12.2020. Bundesweit wird zudem die Modernisierungumlage gesenkt, in Form einer möglichen Mieterhöhung von 11 auf 8 Prozent pro Jahr. Eine Sonderabschreibung wird eingeführt für im Zeitraum vom 01.09.2018 bis zum 31.12.2021 beantragte Bauvorhaben.

Infrastruktur modernisieren

Die Gespräche mit den Ländern gestalten sich schwierig, doch der Bund steht bereit: Der Bundestag hat seinen Teil zur Änderung des Grundgesetzes beigetragen. 5 Milliarden Euro stehen für die Digitalisierung

der Schulen bereit. Auch beim sozialen Wohnungsbau könnte der Bund einen starken Beitrag leisten.

Sicher ist bereits: Bis 2023 hilft der Bund den Kommunen mit Zuschüssen von bis zu 240 Millionen Euro, um Sporthallen und Schwimmbäder zu sanieren oder in Kultureinrichtungen zu investieren. Nicht zu rütteln ist auch am Gesellschaftervertrag zur Gründung einer Autobahngesellschaft: Ab dem Jahr 2021 können wir dadurch das rund 13.000 Kilometer umfassende deutsche Autobahnnetz wesentlich effizienter ausbauen und erhalten.

BEI FRAGEN, die Sie per E-Mail an mich richten wollen, schicken Sie Ihre Nachricht für Berliner Themen am besten an meine E-Mail-Adresse stephan.albani@bundestag.de.

BERLIN



Solide Finanzen

Mit den verabschiedeten Bundeshaushalten 2018 und 2019 setzen wir die Politik der schwarzen Null beim laufenden Konto fort. Und dies unter fortschreitender Tilgung langfristiger Verbindlichkeiten.

Dadurch leistet der Bund einen eminenten Beitrag zum Abbau der Verschuldung aller öffentlichen Haushalte (Staatsverschuldung). Lag diese 2010 nach der Bankenkrise noch bei knapp 81 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, so konnte sie 2018 auf unter 60 Prozent gedrückt werden. Nur wenige große Länder im internationalen Vergleich sind in dem Punkt so gut für künftige Herausforderungen gewappnet wie Deutschland.

Dennoch können wir den steuerlichen Grundfreibetrag für Erwerbstätige anheben, das Kindergeld erhöhen sowie den Kinderfreibetrag und überdies die kalte Progression weiter abbauen. Bis 2022 werden dadurch die Steuerzahler und unter ihnen vor allem Familien

um mindestens 35 Milliarden Euro entlastet.

Mehr innere Sicherheit

Von den 7.500 Stellen für Sicherheitskräfte bis 2021 aus dem Koalitionsvertrag sind 2018 und 2019 bereits 4.000 neue Stellen für Bundespolizei und BKA beschlossen. Zudem wurden Zuschüsse für private Einbruchssicherung auf 80 Millionen Euro erhöht, die Eigentümer und Mieter bei der KfW für sichere Fenster und Türen beantragen können.

Mehr Pflege und Gesundheit

Wir sorgen für etwa 13.000 neue Pflegepersonalstellen und erleichtern die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Kliniken. Auch wird die Ausbildung der Pflegeberufe ab 2020 reformiert. So werden die Kranken-, Kinderkranken- und die Altenpflege zu einer Pflegeausbildung zusammengeführt. Das Schulgeld von Azubis wird abgeschafft, stattdessen künftig eine Vergütung bezahlt.

Zuwanderung steuern und begrenzen

Der Anspruch auf Familiennachzug für vorübergehend anerkannte Asylbewerber (subsidiär geschützte Flüchtlinge) wurde abgeschafft. Nur bis zu 1.000 Nachziehende werden aus rein humanitären Gründen pro Monat nach Deutschland gelassen.

Auch verpflichten wir anerkannte Asylbewerber zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren. Das diese Regelung bislang fehlte, hatte sich insbesondere bei schriftlichen Verfahren als problematisch erwiesen.

Familien und Kinder fördern

In den letzten zehn Jahren hat der Bund rund elf Milliarden Euro in Kitas investiert. Bis 2022 nehmen wir weitere 5,5 Milliarden Euro dafür in die Hand. Für Familien, die Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, sollen überdies die Elternbeiträge entfallen. Weiterhin haben wir das Kindergeld erhöht.

MEINE POSITION

ZUM GLOBALEN PAKT FÜR EINE SICHERE, GEORDNETE UND REGULÄRE MIGRATION

Flucht und Migration sind im 21. Jahrhundert kein Phänomen mehr zwischen Nachbarstaaten, sondern zwischen Kontinenten. Das haben wir 2015 gesehen, das lässt sich aktuell an der Grenze zwischen Mexiko und den USA beobachten. Denn die Menschen, die dort zum Teil unter freiem Himmel ausharren, haben sich von Lateinamerika auf den Weg Richtung USA aufgemacht.

Ende 2017 waren nach UNO-Angaben etwa 68,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Zehn Jahre zuvor waren es 37,5 Millionen; fast eine Verdoppelung in nur einer Dekade. 52 Prozent von Ihnen sind unter 18 Jahre alt. Mit Blick auf diese Fakten fällt es vielen Menschen (und das gilt uneingeschränkt auch für mich) nur sehr schwer zu glauben, Deutschland könne sich den daraus resultierenden Folgen entziehen, indem man auf den Landstraßen die Schlagbäume absenke und zwischen den Grenzübergängen im Wald Patrouillen des Bundesgrenzschutzes einsetzen würde.

Am 10. Dezember haben rund 164 der 193 UNO-Staaten, darunter auch Deutschland, im marokkanischen Marrakesch den „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ (GCM) unterzeichnet. Nicht alle der verbliebenen 29 lehnen den GCM ab, sondern wollen in Kürze entscheiden. Der Bundestag und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich mit den Fragen

rund um den GCM in verschiedenen Etappen seit Monaten immer wieder befasst. Es gab aktuelle Stunden im Plenum dazu, öffentlich im Internet und Fernsehen übertragen; es gab ausführliche Fakten auf den Internetseiten des Bundestages und der Fraktionen dazu ... Doch an dieser Stelle muss Selbstkritik folgen: All das war zu passiv. Wir hätten die Bürgerinnen und Bürger wesentlich besser, das heißt aktiver einbeziehen müssen.

Stattdessen rollte eine Welle der Desinformation maßgeblich in den Sozialen Medien durch Deutschland. Nachweislich wurde sie aus dem rechtsextremen Spektrum einschließlich der Unterstützung durch die AfD geschürt. Meine Büros in Berlin, Bad Zwischenahn und Oldenburg erhielten seit Wochen immer mehr E-Mails im zum Teil rüdesten Ton. Vielfach enthielten sie wortgleiche Vorwürfe, ja identische Textblöcke, was ein Hinweis auf eine gesteuerte Kampagne ist. Absender nannten dabei nicht ihren vollständigen Namen, äußerst selten ihre Meldeadresse, sodass nicht einmal klar war, ob der- oder diejenige überhaupt Bürger/in aus dem Ammerland oder Oldenburg war oder die E-Mail womöglich sogar aus dem Ausland absendet hatte.

Für mich besonders aussagekräftig war darüber hinaus, dass während des letzten halben Jahres jedoch kaum jemand persönlich zu diesem

Thema in meinen Büros anrief. Auch im direkten Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern am Rande öffentlicher Veranstaltungen standen meistens andere Themen im Vordergrund, etwa die Reformen im Gesundheitswesen, die Herausforderungen im Bildungswesen, die Beteiligung der Bundeswehr beim Nato-Manöver oder das Thema artgerechte Tierhaltung sowie Diesel/Luftqualität in Städten. Blicke ich zurück bis in den Juni, so haben in meinen Bürgersprechstunden überhaupt nur zwei Bürger das Thema Flucht und Migration angesprochen.

Damit will ich nicht zum Ausdruck bringen, dass Flucht und Migration die Menschen im Wahlkreis nicht bewegen. Von daher möchte ich hier noch einmal deutlich machen: Der GCM-Vertrag liefert die Basis für zukünftige bi- und multilaterale Vereinbarungen, die dem Bundestag öffentlich zur Debatte vorgelegt werden müssen. Der GCM schafft – anders als in der rechtslastigen Kampagne behauptet – auch kein Menschenrecht auf Migration. Vielmehr wird der GCM dazu dienen, Schleusern das Handwerk zu legen und illegale Migration durch Rückführung in Herkunftsländer zu bekämpfen.

Ebenso unangetastet bleibt aber auch das davon zu unterscheidende Recht auf Asyl in unserem Grundgesetz. Denn das fußt auf einem unveräußerlichen Menschenrecht.